

CDA BADEN-WÜRTTEMBERG SOZIALAUSSCHÜSSE DER CDU

Pressemitteilung

07.08.2007

CDA und Ministerpräsident Oettinger bei Betriebsrat von DaimlerChrysler / Zukunft der Werksfeuerwehr

Stuttgart. Bei einer Werktoraktion der CDU Sozialausschüsse (CDA) bei DaimlerChrysler in Sindelfingen haben Werksfeuerwehreute gegen ihre Ausgliederung demonstriert, da sie befürchten, dass das Landesfeuerwegesetz fällt und der Weg für die Fremdvergabe der Werksicherheitsleistungen geöffnet wird. Die CDA sprach sich für die Beibehaltung der Werksfeuerwehren aus. Aus diesem Grunde setzte sich der CDA Landesvorsitzende Christian Bäumler für ein gemeinsames Gespräch des Betriebsrates von DaimlerChrysler mit dem Ministerpräsidenten Günther Oettinger ein.

Gestern trafen sich Ministerpräsident Günther Oettinger und Christian Bäumler mit dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Erich Klemm in Sindelfingen bei DaimlerChrysler zur Erörterung dieser Angelegenheit. An diesem Gespräch haben neben einigen Betriebsräten der CGM und IG Metall auch eine Abordnung der Mitglieder der Werksfeuerwehr teilgenommen. Sie trugen vor, dass es das Ziel des Unternehmens sei bis 2012 die Fremdvergabe aller Sicherheitsleistungen zu erreichen. Mit der vorgesehenen Änderung des Landesfeuerwegesetzes befürchten sie, dass dies auch für die Werksfeuerwehren zutreffen wird.

Ministerpräsident Günther Oettinger griff dieses Anliegen auf. Er stellte dar, dass bislang Werkfeuerwehren nur für den eigenen Betrieb zuständig sind. Unternehmen seien heute aber häufig aus wirtschaftlichen oder steuerlichen Gründen in mehrere Einzelbetriebe aufgeteilt. Wegen dieser veränderten Betriebs- und Organisationsstrukturen ist es erforderlich das Landesfeuerwegesetz zu verändern. Ziel der Änderung sei es aber keineswegs, den Weg zur Auslagerung der Werksfeuerwehren zu befördern. Im Gegenteil der Ministerpräsident räumte den Aufgaben der Feuerwehren einen hohen Stellenwert ein. Er sah die Vorteile einer hervorragenden Ortskenntnis sowie der Kenntnis der Zuständigkeiten und Informationsabläufe im Werk selbst. Ministerpräsident Oettinger sagte den Sindelfinger Betriebsräten zu, sobald der Gesetzentwurf zur Änderung des Feuerwegesetzes vom Innenministerium erarbeitet ist, dies wird voraussichtlich bis Anfang 2008 der Fall sein, dass der Betriebsrat eine Stellungnahme dazu abgeben kann und damit in das Gesetzgebungsverfahren frühzeitig eingebunden wird. Diese Zusage wurde von den Betriebsräten und den Feuerwehreuten als konstruktiver Beitrag gelobt.

Bei Rückfragen: 01785347269

www.christian-baeumler.de